

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abnahme in den Geschäftsstellen des Verlegers 2 RM. im Monat, bei Bestellung durch die Post 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. 50 Pf. jährlich. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Inhalt: Nachrichten, Berichte, Besprechungen, Besprechungen, Besprechungen. Inhalt: Nachrichten, Berichte, Besprechungen, Besprechungen, Besprechungen. Inhalt: Nachrichten, Berichte, Besprechungen, Besprechungen, Besprechungen.

Wichtigste: Die 2 getheilte Nummer 20 Pf., die 4 getheilte Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die 2 getheilte Nummer 20 Pf., die 4 getheilte Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Roffen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 4. — 87. Jahrgang Teleg.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 5. Januar 1928

Neue Bündnisse.

Es riecht wieder einmal sehr stark nach Bündnissen. Anscheinend ist der europäische Friede derart stütungsbedürftig, daß ihm nur Bündnisse helfen können, sollen ihm nicht eines ungeschicklichen Tages die Füße weichen. Das reichlich unbehilfliche Instrument, Bülcherbund genannt, genügt für diesen Zweck anscheinend denn doch nicht so recht und insofern leitet sich ein allmählich immer dichteres Bündnisnetz über Europa. Sogar nach Amerika hinüber sind Fäden von London her gesponnen worden und jetzt munkelt man so allerhand von einem ewigen Friedensbündnis — andere gibt es ja überhaupt nicht und gab es nie, solange die Welt steht! —, das zwischen Amerika und Frankreich abgeschlossen werden soll. Soll — aber ob es geschieht, ist noch lange nicht bestimmt. Bismarck hat einmal gesagt, daß das Prinzip eines jeden Bündnisses das „do, ut des“ sei, auf deutsch, daß jeder der beiden Vertragspartner von der Gegenseite etwas hat. Weil nun gegenseitiger Vorteil einen wirklich seltenen Akt hergeben kann, nicht aber noch so leicht zu erzielen ist und mit feierlichsten Versprechungen begleitete Vertragsparagrafen. Nach den jüngsten Reden von dieser französisch-amerikanischen „Nichtangriffspakt“ vorläufig noch sehr stark. Im Zustand der „Geburt“ sein und man erst abzuwarten hat, was bei diesem Geburtsakt denn nun wirklich herauskommt. Es scheint damit noch recht lange Weile zu haben. Wenn nämlich jetzt Paris, Gilbert, der Reparationsagent, in Paris weiß, nachdem er mit dem Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten in Washington und maßgebenden Finanzleuten der U. S. A. Besprechungen gehabt hat, so mag er der französischen Regierung wohl auch fragen auf die Schultern geklopft haben: „Wie denkt ihr über die Bezahlung eurer Kriegsschulden an uns?“ Und das ist eine gar bittere Pille, von deren Bitterkeit übrigens die Amerikaner ihren lieben Alliierten aus dem Weltkrieg durchaus nichts merken wollen, namentlich jetzt da die deutschen Reparationszahlungen so prompt und pünktlich in die Kassen unserer Gläubiger rollen. Aus dem amerikanisch-französischen Sonderbündnis, das dann die Plattform für die Schuldverhandlungen abgeben soll, scheint aber nichts so Leichtes werden zu sollen, und der Yankee besieht ebenso hartnäckig auf seinem Schuldschein wie Sybil im „Rausmann von Benevise“, besonders da der französische Haushalt für 1927 infolge der reichlichen Darlehen einen Überschuss aufweist.

Amerika für allgemeinen Antikriegsvertrag

Kein Sonderbündnis mit Frankreich

Kelloggs Note nach Paris.

In Washington wird der Text der Note veröffentlicht die Staatssekretär Kellogg als Antwort auf das Angebot Briands zu einem Friedenspakt zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich nach Paris gesandt hat. In überaus höflichen Formen lehnt Kellogg darin das Annehmen Briands ab, mit Frankreich eine besondere Abmachung zu treffen, bringt dafür aber den Vorschlag, alle Großmächte sollten sich zu einer Erklärung gegen den Krieg vereinigen.

Wörtlich heißt es in der amerikanischen Note: Die beiden Regierungen sollten, statt sich mit einer zweiseitigen Erklärung von der Art, wie Herr Briand sie vorschlägt, zufriedenzugeben, in viel bedeutungsvoller Weise zur Sicherung des Weltfriedens beitragen können, indem sie sich in dem Bemühen vereinigen, den Beitritt aller Großmächte der Welt zu einer Erklärung zu erwirken, in der dem Kriege als einem Instrument der nationalen Politik entsagt wird. Eine solche Erklärung könnte, wenn sie von den wichtigsten Mächten der Welt unterzeichnet würde, nichts anderes als ein einflussvolles Beispiel für alle übrigen Nationen der Welt sein, und es wäre denkbar, daß sie diese Nationen dazu bewegen könnte, ihrerseits dasselbe Dokument zu unterzeichnen und dadurch zwischen allen Mächten der Welt eine Verständigung vollkommener zu machen, die bis jetzt nur für Frankreich und die Vereinigten Staaten angeregt wurde.

Nachdem Kellogg noch darauf hingewiesen hat, daß die französisch-amerikanische Freundschaft nicht vom Abschluß eines Friedenspaktes abhängig sei, schließt er mit der Erklärung, er sei bereit, Verhandlungen mit Briand über einen solchen allgemeinen Vertrag aufzunehmen, der alle Großmächte der Welt einbeziehen würde und von allen Regierungen unterzeichnet werden könnte. Den Ent-

wurf eines solchen Vertrages sollten die Vereinigten Staaten und Frankreich dann gemeinsam den übrigen Nationen unterbreiten.

Vertragsentwurf.

Zu gleicher Zeit mit der Note Kelloggs wurde nach Paris der Entwurf eines Vertrages gesandt, der an die Stelle des am 27. Februar ablaufenden französisch-amerikanischen Schiedsvertrages treten soll. In dem Vorwort des Vertrages befindet sich der Vorschlag eines allgemeinen Erklärungs gegen das Hilfsmittel des Krieges. Eine Abschrift des Vertrages wird an die britische und die japanische Regierung übermittelt und wird vielleicht jeder anderen Regierung übermittelt werden, mit der die Vereinigten Staaten den 1905er Schiedsvertrag abgeschlossen haben.

In Paris hat die glatte Ablehnung der Briandschen Vorschläge durch Amerika natürlich große Enttäuschung hervorgerufen. Doch bemüht man sich, gute Miene zum bösen Spiel zu machen, und stellt sich einfließen so, als wenn Kellogg nur das ausgesprochen hätte, was man in Paris anfänglich schamhaft verschwiegen.

Französische Antwort.

Außenminister Briand hat dem amerikanischen Geschäftsträger in Paris die Antwort der französischen Regierung auf die letzte Washingtoner Note überreicht. Die französische Regierung erklärt sich mit dem Prinzip der amerikanischen Anregungen als Grundlage für kommende Verhandlungen einverstanden. Ein direkter Einwand gegen die amerikanischen Vorbehalte wird nicht erhoben. Dagegen verlangt man die nähere Erläuterung einiger Punkte. Vor allem möchte die französische Regierung wissen, was eintreten würde, wenn der Amerikanische Senat sich weigern würde, einen Schiedspruch des Haager Gerichtshofes oder einer anderen gewählten Schiedsbehörde zu ratifizieren.

Denkmal mit Flaschen beworfen. Ein Kubekorer zog auf den Soden und hielt eine Ansprache in französischer Sprache. Dann sangen die Offiziere das Deutschlandlied und „Ich hatt' einen Kameraden“ in deutscher Sprache. Auf dem Marktplatz erfolgten weitere Aufstellungen, nachdem sie auf dem Wege dorthin an vielen Häusern Klingeln und Firmenschilder abgerissen hatten. Die Kommandantur erläßt zu diesem Zwischenfall eine Erklärung, wonach kein Deutscher von den Offizieren festgenommen und in der Kaserne festgehalten wurde. Der Kesselschmid August Sand, der vor der deutschen Untersuchungsbehörde diese Angabe unter Eid gemacht hatte, wurde wegen Meineides verhaftet.

Amerikas Krieg in Nicaragua.

Weitere Truppenendungen.

Unter dem Vorst der Präsidenten Coolidge fand ein Kabinettsrat in Washington statt, der die Entsendung weiterer Streitkräfte nach Nicaragua beschloß. Man mißt also den Verwicklungen, bei denen amerikanische Soldaten einseitig fremdes Gebiet okkupierten, doch wohl größeres Gewicht bei, als die Newyorker Blätter es zuerst wahr haben wollten.

Ein Brigadegeneral ist nach Nicaragua entsandt worden, der an Stelle des bisher dort kommandierenden Obersten die Leitung des Feldzuges übernehmen soll. In-

raden zu verhaften. Insgesamt werden dann 2415 Mann Marinestruppen in Nicaragua sein.

Man behauptet in Washington, daß der feindliche General Sandino von mexicanischer Seite unterstützt wird, und befürchtet, daß die öffentliche Meinung Mittelamerikas erneut stark für General Sandino eintreten werde.

Strafverfahren mit politischem Einschlag.

Verfügung des preussischen Justizministers

Aus einer allgemeinen Verordnung des preussischen Justizministeriums ist zu entnehmen:

Erzählt sich Grund zu der Annahme, daß eine Strafsache wegen der Verurteilung oder der Stellung der Angeklagten oder wegen der Art oder des Umfangs der Anschuldigungen das Interesse weiterer Kreise erregen oder politische Bedeutung gewinnen, insbesondere parlamentarische Erwörterungen herbeiführen wird, so ist dem Justizminister ohne Rücksicht auf den Stand des Verfahrens alsbald Mitteilung zu machen. Es muß in solchen Strafsachen nach Möglichkeit vermieden werden, daß hinsichtlich wichtigerer Maßnahmen das Justizministerium vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Die Staatsanwaltschaft hat daher, soweit es mit dem Interesse der Strafverfolgung vereinbar ist, vor eingetretener Entschleunigung über die beabsichtigten Schritte zu berichten.

In Strafverfahren gegen Reichs- oder Landtagsabgeordnete ist dem Justizminister sofort, nötigenfalls telegraphisch, zu berichten, wenn während der Sitzungsperiode des Reichs- oder Landtags der Abgeordnete von der Staatsanwaltschaft vorläufig festgenommen, wenn Haftbefehl gegen ihn erlassen oder wenn eine Verhaftung gegen ihn vollzogen wird. In gleicher Weise ist zu berichten, wenn in einer Strafsache die Verurteilung eines Abgeordneten angeordnet oder vollzogen wird.

Der Telephonverkehr Deutschland-Newyork.

Ein Drei-Minuten-Gespräch kostet 330 Mark.

Die zwischen dem deutschen Reichspostministerium und England schon seit Aufhebung des englisch-amerikanischen Fernsprecheverkehrs eingeleiteten Verhandlungen diesen Dienst auch für Deutschland zur Verfügung zu stellen, sind soweit fortgeschritten, daß in Kürze mit dem Abschluß derselben gerechnet werden kann. Die außerordentlich komplizierten Anlagen,

die tiefste Unterhaltungskosten erfordern, sind natürlich auf die Kostenberechnungen der Einzelgespräche von maßgebendem Einfluß, so daß zurzeit ein normales Drei-Minuten-Gespräch in England 15 Pfund kostet. Obwohl über die Kostenberechnung eines transatlantischen Telephongesprächs zwischen Berlin und Newyork über England noch keine feststehenden Tarife bekannt sind, kann man doch die in England gültigen Sätze als Grundlage einer Tarifberechnung betrachten, so daß die Grundgebüh-



zwischen sind amerikanische Verstärkungen im Kampfgebiet eingetroffen; andere sind dorthin in Marsch gesetzt. Marineminister Widbur hat den Befehl gegeben, daß weitere tausend Mann amerikanische Marinestruppen sofort entsandt werden sollen, um ihre bedrängten Kameraden zu verhaften.

Ein neuer Satz von Wunden ist auch zwischen Rom und Belgrad an. Man war sich ja bisher nicht sehr gewogen seit jenen Tagen, da Italiens zweitgrößter Mann, nämlich der Dichter Gabriele d'Annunzio, im Nebenberuf auch Kriegsheld, bereits eigenmächtig, aber vergeblich nach der jugoslawischen Hafenstadt Fiume griff. Und Italien sich in Albanien immer fester in den Sattel setzte. Noch vor kurzem schien es ja, als ob wegen der albanischen Frage die Kononiere hüben wie drüben hinter ihren schüsselförmigen Gesichtern ländten, und das französisch-jugoslawische Bündnis wurde in Rom fast als Kriegsdrohung empfunden, besonders, weil man dort gegen die „lateinische Schwester“ alles andere als Zuneigung empfand. Die Grenzzwischenfälle häuften sich. Nun soll es zunächst einmal zwischen Rom und Belgrad anders werden. Albanien ist doch an Italien tatsächlich verloren, daran vermag die Regierung Königs Alexanders nichts mehr zu ändern. Warum soll man sich also weiter freieren? Lieber schließt man ein Bündnis, das in Folge — oder trotz? — der feierlichsten Versprechungen gerade und genau so lange halten wird, als die beiderseitigen Vorteile oder Machtverhältnisse dies für notwendig erachten lassen. Sicherlich keinen Augenblick länger.

Französische Entschuldigung in Berlin.

Bedauern wegen der Vorfälle in Zweibrücken.

Die französische Regierung hat nach Untersuchung der durch französische Offiziere herbeigeführten Vorgänge in Zweibrücken der deutschen Reichsregierung ihre Bedauern zum Ausdruck gebracht und strenge Bestrafung der Schuldigen zugesichert.

Nach den nunmehr vorliegenden amtlichen Feststellungen über die von etwa 20 französischen Offizieren begangenen Ausschreitungen in der Nacht zum 30. Dezember sind von mehreren deutschen Polizeibeamten (die aber gemäß dem Rheinlanabkommen gegen Offiziere nicht einschreiten dürfen) wie auch von deutschen Zivilpersonen beobachtet worden. Die Ausschreitungen wurden zunächst auf der Herzogstraße von zwei deutschen Polizeibeamten betroffen, wie sie auf einer Kundertrompete bliesen. Dann rissen sie Warnungssirenen ab und zogen hierauf zum Bismarck-Denkmal, wo sie über die Umzäunung stiegen und das Denkmal beschmutzten. Außerdem haben sie das